

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr

Nr. 29 · 31. Jahrgang

Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3

Berlin, 19. Juli 1930

Im Baugewerbe Arbeit ist Anfang vom Ende der Wirtschaftskrise

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise ist durch eine Reihe kurzfristiger Maßnahmen verschärft und verlängert. Die These des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, daß der Wohnungsbau nicht durch Auslandskredite mitfinanziert werden dürfe, hat die Einleitung zur Verknappung der Baufinanzierung gebracht. Die aus der Beschränkung der Auslandsanleihen finanzpolitisch beengten Städte haben dann im Herbst des Vorjahres ihre eigenen Bauvorhaben abgedrosselt. Sie haben weiter dem Baugewerbe die Kreditnahme bei den städtischen Sparkassen dadurch unmöglich gemacht, daß sie die Spargelder für ihren kurzfristigen Kreditbedarf reklamierten. Die Industrie ist durch die Schwächung der inneren Kaufkraft, durch die Erschwerung des Exports als Auftraggeber des Baugewerbes in starkem Maße ausgeschlossen. Wirkung aller dieser Tatsachen ist, daß das Baugewerbe am Boden liegt wie nie zuvor. Konkurse und Zwangsvergleiche weisen die Folgen für die Unternehmer aus. Die Bauarbeiter sind in der günstigsten Bauzeit zu mehr als 40 Prozent arbeitslos. Im Juni waren noch 223 000 Bauarbeiter gegen 43 000 im gleichen Zeitraum 1928 und 61 000 im gleichen Zeitabschnitt 1929 arbeitslos. Bauhilfsarbeiter waren zu gleichen Zeitabschnitten 188 000, 75 000 bzw. 83 000 ohne Beschäftigung.

Wir haben vor den Wirkungen der Maßnahmen des Reichsbankpräsidenten und der deutschen Städte rechtzeitig gewarnt. Wir verweisen auf unseren Leitartikel in Nr. 47 der „Baugewerkschaft“ vom vorigen Jahr. Wir verweisen weiter auf die Eingabe des deutschen Gewerkschaftsbundes an die zuständigen Behörden, veröffentlicht in Nr. 51 der „Baugewerkschaft“ vom vorigen Jahr. Auch der Wohnungs- und Siedlungsausschuß des Reichswirtschaftsrates hat die unausbleiblichen Gefahren dieser Maßnahmen rechtzeitig erkannt und sich mit Vorschlägen über die Wiederangabe des Baugewerbes befaßt. Das Ergebnis hat er in einer Sitzung vom 3. Juli zusammengestellt und auszugsweise in Richtlinien veröffentlicht.

Das Gutachten des Wohnungs- und Siedlungsausschusses des Reichswirtschaftsrates verweist zunächst auf die Bedeutung der Bauwirtschaft im Wirtschaftskreislauf allgemein. Er schlägt einen Bauwirtschaftsplan für mehrere Jahre vor. Um der Wohnungsbauwirtschaft die finanzielle Grundlage zu geben, wird für notwendig gehalten, die Forterhebung der Hauszinssteuer durch Gesetz sicherzustellen. Gesetzgeberische, finanzpolitische und behördliche Maßnahmen sind notwendig, um die Bauwirtschaft stetiger zu gestalten. Im einzelnen wird für notwendig gehalten: gesicherte Baufinanzierung, Milderung des Unterschiedes zwischen Alt- und Neubaumieten durch Senkung der Neubaumieten und entsprechende Erhöhung der Altbaumieten. Selbstverständlich ist, daß bei einem Wohnungsbauprogramm, welches über mehrere Jahre geht, der Wohnungsbedarf in den einzelnen Orten und Gebieten sorgfältig nach Art und Umfang festgestellt werden muß. Um den im Althausbesitz festgelegten volkswirtschaftlichen Wert zu erhalten, wird vorgeschlagen, kurzfristige Reparaturarbeiten an die Hausbesitzer zu geben und die entsprechende finanzielle Organisation hierfür vorzubereiten. Zur Behebung der starken Mängel unserer heutigen Verkehrsstraßen, zur Erschließung der Verkehrswästen, ebenso aber auch zur Beschäftigung des Tiefbaugewerbes und der Tiefbauarbeiter wird eine Auslandsstraßenbauanleihe zum systematischen Ausbau des Straßennetzes empfohlen. Verzinsung und Tilgung dieser Anleihe könnte durch entsprechende Festlegung der Kraftfahrzeugsteuer gewährleistet werden. Die den öffentlichen Körperschaften im Besonderen verbleibende Aufgabe der Her-

stellung öffentlicher Gebäude, Verkehrs- und Kraftanlagen, Kanalisation bieten den notwendigen Ausgleich für das Baugewerbe, wenn die private Bautätigkeit aus irgendwelchen Gründen unter dem Durchschnitt liegt. Selbstverständlich muß in der Anleihebegutachtung, hauptsächlich bei Auslandsanleihen, eine andere Wertung dieser Bauobjekte als „produktiv“ erfolgen, wie das bisher geschehen ist. Auch wird bei der Regelung des Finanzausgleichs zwischen Ländern und Gemeinden auf diese öffentlichen Aufgaben Rücksicht genommen werden müssen. Der Reichsbahn und Reichspost als den größten Auftraggebern wird nahegelegt, im gleichen Sinne ihre Bau- und Erneuerungspolitik zu betreiben.

Um die öffentliche Meinung aus gewissen unsicheren Gefühlen zu befreien, sagt das Gutachten u. a.: „In den Gesetzen ist jeder Eingriff in das Privateigentum ohne gerechte Entschädigung zu unterlassen. Bei dem Neubau von Wohnungen ist darauf zu achten, daß der Gesamterstellungspreis dem allgemeinen Preisindex möglichst angenähert wird. Die Wohnungspolitik sollte daher in besonderem Maße auf Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekengelder, auf Senkung der Bauherstellungskosten und auf Vermeidung der verteuerten Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden gerichtet sein.“

Die am Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten beteiligten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände haben sich gleichfalls in wiederholten Gesprächen mit der Jungangbringung der Bautätigkeit beschäftigt. Sie haben sich unter Vorbehalt besonderer Maßnahmen der einzelnen Organisationen dahin geeinigt, dem Gut-

Arbeiterchicksal

Die Schreckenskunde von dem Bergwerkunglück in Hausdorf bei Neurode (Schlesien) rüttelt wieder einmal an das öffentliche Gewissen. Parteien- und Interessentritt, selbst die fürchtbare Arbeitslosennot schweigt einen Moment vor dieser erschütternden Tatsache. 150 brave Bergknappen, sorgende Familienväter, hoffnungsvolle Jünglinge sind einem Kohlenäurechwaden zum Opfer gefallen. Den hartbetroffenen Familien unser herzlichstes Beileid!

Menschliche Leichtgläubigkeit scheidet leider heute nur dann auf, wenn Massenunglücke den gewohnten Frühstücksgenuß der Zeitung mit hartem Schlag unterbrechen. Die täglichen Opfer der Arbeit werden unter der Rubrik „Unglücksfälle“ leicht überlesen und vergessen. Bergbau, Transportgewerbe, Baugewerbe sind die den Unfällen wohl am stärksten ausgesetzten Berufe. Wer denkt daran, daß das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, täglich zwei tödliche Unfälle im Baugewerbe vorkommen, täglich vier im Bergbau! Der Massenmord des Unglücks von Hausdorf, aber auch das Gedanke daran, daß eine große Anzahl Arbeiter täglich mit dem Totengeld arbeiten, müssen Mahnung sein, den Unfallschutz in Deutschland noch weiter zu vervollkommen. Aber auch Mahnung, die soziale Frage mit Herz und Verstand besser zu beurteilen, wie das leider nur zu oft geschieht. Der Mann, der Arbeit fest Leben und Gesundheit ein, damit alle Volksgenossen Brot, Unterkunft und Kulturbedarf haben. Dafür muß ihm die Gesamtheit eine größere soziale und gesellschaftliche Achtung entgegenbringen, wie das heute noch der Fall ist.

achten des Reichswirtschaftsrates im Grundsatz beizutreten. An das Reich, die Länder und Kommunalverwaltungen und den deutschen Städtetag ist eine gemeinschaftliche Entschließung nachstehenden Wortlautes gerichtet:

Betr.: Belebung der Bautätigkeit

Es ist allgemein bekannt, daß die Bauwirtschaft Not leidet und daß dadurch die allgemeine Wirtschaftskrise erheblich verschärft wird. Die Arbeitslosigkeit beträgt heute noch in der besten Bauzeit durchschnittlich mehr als 40 Prozent, d. h. rund 500 000 Bauarbeiter sind ohne Beschäftigung.

Die Bauwirtschaft hat schon im Herbst des vergangenen Jahres durch ihre Organisationen von der Drosselung der von der öffentlichen Hand beeinflussten Bautätigkeit gewarnt. Da sie mehr als die Hälfte der gesamten Bautätigkeit umfaßt, wäre es besonders wichtig gewesen, die Bauwirtschaft in dieser Krisenzeit nicht einzuschränken, sondern zu fördern. Die schlimmen Folgen, die nunmehr eingetreten sind, sind im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß in fast allen öffentlichen Verwaltungen die für die Bauwirtschaft bestimmten Beträge gestrichen oder wesentlich herabgesetzt worden sind.

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat in Erkenntnis dieser schweren Gefahren bereits in den ersten Monaten dieses Jahres nach umfangreichen Beratungen seines Wohnungs- und Siedlungsausschusses am 7. April 1930 ein vorbrinliches Finanzierungsprogramm für das Baujahr 1930 aufgestellt.

Weitere Beratungen im Reichswirtschaftsrat führten in diesen Tagen zu einem umfassenden Gutachten, über das die Presse zur Zeit berichtet.

Die unterzeichneten Organisationen machen sich die Beilege dieses Gutachtens grundsätzlich zu eigen und treten insbesondere dafür ein, daß die öffentlichen Verwaltungen die als notwendig angesehenen Maßnahmen unverzüglich in die Tat umsetzen. — Nach den gleichzeitig bekanntgewordenen Beschlüssen der Reichsregierung darf erwartet werden, daß dies geschieht, und daß auch Länder und Kommunen Bauaufträge mit sofortiger Wirkung herausbringen.

Bei der Schlüsselstellung der Bauwirtschaft wird deren Belebung zugleich der Gesamtwirtschaft zugute kommen.

Nunmehr wird es Aufgabe unserer Bandsfunktionäre und unserer in den Selbstverwaltungskörpern tätigen Kollegen sein, den notwendigen Nachdruck hinter diese Entschließung zu setzen, um so aus Worten Taten zu formen und mitzuhelfen, daß durch ein angekurbeltes Baugewerbe die ganze deutsche Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Die deutsche Arbeitslosenversicherung 1929

Die Reichsanstalt für Arbeitslosenbermittlung und Arbeitslosenversicherung (kurz mit ARLA bezeichnet) hat im Reichsarbeitsblatt Nr. 13 ihren Geschäftsbericht für 1929 veröffentlicht. In der gegenwärtigen Stunde, in der die Arbeitslosenversicherung allgemein so umritten ist und fast jeder Arbeiter diese Versicherung unmittelbar selber braucht, gewinnt dieser Bericht auch für alle unsere Mitglieder erhöhte Bedeutung.

Die Zahl der Versicherten betrug 17 508 089 Personen. Im Monatsdurchschnitt 16 056 952. Darunter 11 219 850 Mitglieder von Orts-, 706 365 Mitglieder von Land-, 3 188 614 von Betriebs-, 498 225 von Innungs-, 774 076 von Knappschafts- und 1 122 819 von Ersatzrentenkassen.

Die Einnahmen der Versicherung setzten sich zusammen aus 869 220 432 RM. Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Es sind dies 72,4 Millionen RM. im Monatsdurchschnitt. Ferner aus 21 008 224 RM. sonstige Einnahmen. Diese sonstigen Einnahmen sind Rückzahlungen aus der Grundförderung in der werkschaffenden Arbeitslosenversicherung, Ausländer-Genehmigungsgebühren, Zinsen und ähnliche Verwaltungseinnahmen zusammen. Die Gesamteinnahmen betragen 890 228 657 RM.

Die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung betragen:

Aufwand für Arbeitslosenversicherung	1 092 Mill. RM.
Maßnahmen zur Verhütung und Beendigung der Arbeitslosigkeit	40 " "
Anteil der R.M. für berufsbliche Sonderfürsorge	26,3 " "
Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Verwaltung	108,2 " "
Gesamtausgaben der Reichsanstalt	1 266 Mill. RM.

Für Verhältnis zu dem beträchtlichen Zahlen-, Tabellen- und Schaubilderwerk, mit dem der Bericht sonst ausgestattet ist, will uns die Ausgaben nachweisung ziemlich dürftig und summarisch erscheinen. Für die berufsbliche Sonderfürsorge wurden 105,4 Millionen RM. ausgegeben, von denen vier Fünftel auf das Reich entfallen. Für Krisenfürsorge 166,6 Millionen RM. Diese Mittel werden vom Reich und den Gemeinden aufgebracht. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug im Monatsdurchschnitt 1 275 184, in der Krisenfürsorge 175 953. Die Zahl der Familienzuschlagsempfänger 1 409 131.

Von den 108 Millionen Kosten der Uemter entfallen — allerdings nur auf Grund einer Schätzung der Reichsanstalt — 43 Millionen auf die Kosten der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung. Der eigentliche Verwaltungskostenaufwand beträgt demgemäß dann 65 Millionen RM. Es entfallen auf den Kopf des Versicherten im Jahr 3,70 RM. an Verwaltungskosten. Die Kosten für Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Verwaltung machen innerschin 11 Prozent, der Verwaltung allein 7 Prozent der Beiträge aus. Die Kosten des Beitragseinzugs durch die Krankenkassen belaufen sich auf rund 9 Millionen oder 1 Prozent der Beiträge.

Bemerkenswert ist, daß die Krankenkassen rund 150 Millionen RM. (genau 148 663 000 RM.), das sind fast 14 Prozent des Versicherungsaufwands der Arbeitslosenversicherung für die Sicherstellung der Krankenhilfe für die Arbeitslosen erhalten haben.

Die Arbeitsvermittlung

Durch die Arbeitsämter erreichte im ganzen Jahr insgesamt für sämtliche Berufsgruppen 6 258 373 Vermittlungen. Darunter waren 2 943 214 Aushilfen. Wenn man von den 43 Millionen, die die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung kostet, 40 Millionen für Arbeitsvermittlung ansetzt, so kostet jede einzelne Arbeitsvermittlung ungefähr 6 bis 7 RM. Sonderlich billig will uns diese Arbeit der Arbeitsämter nicht erscheinen. Von den Vermittlungen der Arbeitsämter und nichtgewerbmäßigen Arbeitsnachweise entfielen auf die Berufsgruppe 16 (Bau- und Baunehengewerbe) 401 244, eine Zahl, die angesichts der im Jahr mehrmaligen Vermittlung der einzelnen Arbeitsjüngenden nicht überschätzt werden darf. Von den Vermittlungen der Arbeitsämter entfällt annähernd ein Zehntel, 589 124 auf die Laadwirtschaft, die in der Hauptsache aus der Versicherung ausgenommen ist und deshalb auch für diesen Vermittlungsaufwand keine Beiträge zahlt.

Ausländische Arbeiter

find 1929 in Deutschland mit Genehmigung der Landesarbeitsämter 157 061 beschäftigt gewesen. Dazu kamen noch 130 559 Inhaber des Befreiungsscheines, das sind Leute, die seit 1. Januar 1919 ununterbrochen in Deutschland tätig waren oder den Schein auf Grund der Härtebestimmungen erhalten haben und keiner Zulassungsgenehmigung der Landesarbeitsämter bedürfen. Insgesamt waren somit über eine Viertelmillion ausländischer Arbeiter in Deutschland tätig, trotz der großen eigenen Arbeitslosigkeit von im Durchschnitt 1 275 184 Hauptunterstützungsempfängern. Von diesen ausländischen Arbeitern entfielen 139 454 auf die Landwirtschaft und 148 000 auf die Industrie. Von den 43 136 genehmigten ausländischen Industriebeschäftigten entfielen auf Genehmigungen für das Bauhandwerk 2057. Es handelt sich hier ausschließlich um ausdrücklich zugelassene ausländische Arbeiter,

nicht etwa um Inhaber von Befreiungsscheinen (in Deutschland schon lange wohnende Ausländer). Es ist schwer zu verstehen, weshalb die Landesarbeitsämter so weitgehende Zulassungsgenehmigungen in Anbetracht der schlechten Arbeitsmarktlage erteilt haben. Ueber

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung

wurde von 311 Stellen berichtet. Die diesbezügliche Statistik erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli 1928 bis 30. Juni 1929. Es wurde 389 872 Personen Rat erteilt und 162 064 in einen Beruf vermittelt. 212 offene Lehr- und Anlernstellen hatten zur Verfügung gestanden. 147 423 wurden in offene Lehr- oder Anlernstellen, 29 103 in ungelernete Arbeit vermittelt. 13 023 wurden öffentlichen oder privaten Fachschulen zugeleitet. Wenn man bedenkt, daß jährlich annähernd eine Million junger Menschen die Schule verlassen und in das Erwerbsleben eintreten, ist die Zahl der von der amtlichen Berufsberatung Erfaßten, die ungefähr nur ein Drittel darstellt, nicht besonders bedeutungsvoll. Ungefähr zwei Drittel haben sich ohne diese Einrichtung zurechtgefunden.

Die Kurzarbeiterunterstützung

wurde durchschnittlich die Woche an 33 000 Personen bezahlt. Davon an rund 29 000 für drei Ausfalltage, etwas über 2000 für vier und nicht ganz 1000 für fünf Ausfalltage.

Die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge

ist infolge der verschlechterten Finanzlage der Reichsanstalt weiter eingeschränkt worden. Im Monatsdurchschnitt wurden 55 000 Erwerbslose beschäftigt, gegen 67 000 im Vorjahr. Am stärksten war die Beschäftigung

brachte sie nur eine Lastenverschiebung von der Reichsanstalt auf das Reich. Die tatsächlich mit dieser Sonderfürsorge erzielten Ersparnisse werden von der Reichsanstalt selbst auf 30 bis 40 Millionen RM. geschätzt. Das sind 3 bis 4 Prozent der Jahresausgabe für Arbeitslosenunterstützung, die größtenteils durch den erforderlichen Verwaltungsmehraufwand verbraucht werden.

Schlussbemerkungen.

Der Bericht der Reichsanstalt ist nach einer Reihe von Gesichtspunkten recht lehrreich. Einmal der Verwaltungskosten aufwand. Ein Zehntel des Unterstützungsaufwandes. Rechnet man, wie die Reichsanstalt schätzt, 42 Millionen ab für Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, so erscheint in Anbetracht der damit erzielten Erfolge auch dieser Aufwand zu hoch. Wir sind der Meinung, daß eine Versicherung, die die ärmsten Menschen vor schlimmer Not schützen soll, keinen so teuren Verwaltungsapparat braucht. Warum geht es da nicht mit der schlichten, einfachen, billigen Verwaltung, wie sie bei den Gewerkschaften, die heute auch mit großen Summen und beträchtlichen Verantwortungen zu tun haben, üblich ist und sich bewährt hat. Wir sind der Meinung, daß die Arbeitslosenversicherung zum Besten der unverschuldeten Arbeitslosen da sein soll, weniger als Brotstille und Aufstiegsleiter.

Trotz der großen Zahl der Arbeitslosen werden immer noch über eine Viertelmillion ausländischer Arbeiter verwendet. Es muß geprüft werden, ob die 156 000 von den Landesarbeitsämtern zugelassenen ausländischen Arbeiter ohne Befreiungsschein wirklich nicht durch einheimische Arbeiter ersetzbar gewesen wären.

Endlich muß die Sonderregelung bei berufsblicher Arbeitslosigkeit, die die Menschen verärgert, schweres Unrecht schafft, keine innere Begründung hat, die eine weitere Aufblähung des bürokratischen Apparats auf Kosten arbeitsloser Menschen bewirkt und keine wirklichen Ersparnisse bringt, so schnell wie möglich verschwinden.

Hoffentlich werden auch diese Lehren des Berichtes bei der neuen Durchprüfung des Gesetzes beachtet.

Der notwendige Preisabbau

wird nicht erreicht mit Kritik und Häuteballen; nicht dann, wenn man es dem „freien Handel“ auch weiter überläßt, zu tun und zu lassen, was ihm beliebt.

Er wird erreicht,

wenn wir uns

1. den Konsumvereinen im Reichsverband deutscher Konsumvereine anschließen.
2. All unsern Bedarf dort decken.
3. In Orten, wo unsere Konsumvereine z. Bt. keine Verkaufsstellen haben, vom Kleinhandel Preisermäßigung fordern und diesen durch die hundertfältige Forderung aufrütteln, seine Preise zu überprüfen und auf seine Lieferanten im gleichen Sinne einzuwirken.

Ueber die Vereinbarung zwischen dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dem Reichsverband deutscher Konsumvereine zwecks gegenseitiger Unterstützung zur Erreichung tragbarer Preise berichten wir in nächster Nummer der „Baugewerkschaft“.

im Mai und Juni mit über 100 000 Beschäftigten. Im Dezember 1929 31 710. Aufgewandt wurden aus Reichsmitteln der verstärkten Förderung für Meliorationen, Flugregulierungen und Hochwasserschutzanlagen 6 991 000 RM., sonstige werbende Anlagen (Wasserleitungs-, Kraftgewinnungs-, Ferngasverorgungsanlagen u. dgl.) 12 756 000, Straßenbauten 8 725 000, Tiefbauten 8 348 000 RM. Aus Mitteln der Grundförderung (ausschließlich des Gemeindefünstels aus der Krisenfürsorge) 35 183 000 RM. Insgesamt 72 004 884 RM. Von den Mitteln der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge sind außerdem 39 919 775 RM. für den Bau von Landarbeiterwohnungen, hauptsächlich für Dampfer gezahlt worden.

Die Sonderregelung bei berufsblicher Arbeitslosigkeit hat sich über einen Jahr viel größeren Personenkreis erstreckt, als allgemein auch seitens des Vorstandes der Reichsanstalt angenommen worden war. Am 15. Februar 1929 waren 1 551 140 Hauptunterstützungsempfänger der Arbeitslosenversicherung und 804 683 der Sonderfürsorge registriert. Von den Hauptunterstützungsempfängern der Arbeitslosenversicherung waren 27,8 Prozent in den Beitragsklassen IX. bis XI. über 48 RM. Wochenlohn. Von den Hauptunterstützungsempfängern der Sonderfürsorge waren es 28 Prozent. Das weiße Gewand von den hohen Saisonarbeiterlöhnen, mit denen die Sonderfürsorge seinerzeit hauptsächlich begründet wurde, hat damit eine endgültige amtliche Widerlegung erfahren. Die finanzielle Auswirkung der Bedarfsprüfungsprüfung während der berufsblichen Arbeitslosigkeit war gering. Nur insgesamt 6 Prozent wurden als nicht bedürftig befunden. Bei den Männern knapp 5, bei den Frauen 12 Prozent. In der Hauptsache

Woher kommen die hohen Baukosten?

Man sucht heute nach Auswegen, die Baukosten und Mieten zu verbilligen. Mit Recht hat man darauf hingewiesen, daß eine Ermäßigung dieser Kosten in erster Linie durch eine Senkung des Hypothekenzinsfußes und durch Vereinfachung größerer Mittel aus dem Hauszinssteuerauskommen zu erreichen ist.

Die Senkung des Reichsbankdiskonts ist ohne Einfluß auf den Zinsdienst für Wohnungsbaukredite geblieben. Solange die Verzinsung des Wohnungsbaues das Zwei- und Dreifache der Vorkriegszeit beträgt, kann an eine erhebliche Senkung der Baukosten überhaupt nicht gedacht werden. Die Bauarbeiterlöhne sind, obwohl sie gegenüber der Vorkriegszeit natürlich auch eine angemessene Steigerung erfahren haben, von weit geringerer Bedeutung, als der Laie annimmt. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald machte gelegentlich der Etatsberatungen im Reichstage in seiner vielbeachteten Rede über die Wirtschaftskrise und deren Behebung hinsichtlich der Bauarbeiterlöhne beachtenswerte Feststellungen. Wenn man die Herstellungskosten einer Durchschnittswohnung in Stadt und Land durchschnittlich mit 7500 RM. annimmt, und man schätzt den durchschnittlichen Anteil der Bauarbeiterlöhne mit 40 Prozent ein (in Wirklichkeit liegt er tiefer, Red), dann würde bei einer Senkung der Bauarbeiterlöhne um 5 Prozent eine Ersparnis von nicht mehr als 150 RM. Herstellungskosten pro Wohnung erzielt werden. Verzinst man diese 150 RM., so bringt das bei 10 Prozent Zinsen nur 1,25 RM. monatliche Ersparnis an der Wohnungsmiete. Mit Recht weist Stegerwald auf den untragbaren Zinsendienst hin, wenn bei einem Reichsbankdiskont von 4 Prozent langfristige Anlagen immer noch 9 bis 10 Prozent Verzinsung erfordern. Wenn man erreicht, daß die langfristigen Kapitalanlagen um 2 Prozent gesenkt werden, dann bedeutet das für eine Wohnung von 7500 RM. eine Mieterleichterung von 12,50 RM. im Monat.

Hinsichtlich der Preise für Baustoffe liegen die Großhandelspreise für Baustoffe nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes wesentlich über dem Durchschnitt der Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren. Gliedert man den Baustoffindex in seine hauptsächlichsten Gruppen, nämlich Steine, Kalk, Zement, Baueisen und Bauhölzer auf, so zeigt sich, daß die erheblichste Aufwärtsbewegung der Preise die Gruppe Steine und Erden, also Ziegel, Kalk, Zement usw. erfahren

hat. Gegenüber der Vorkriegszeit sind die Preise hierfür um 74 Prozent gestiegen, die Preise für Baueisen sind um 40 Prozent und diejenigen für Bauhölzer um etwa 50 Prozent gestiegen. Die Mauersteinindustrie ist ziemlich lückenlos in örtlichen Preiskartellen organisiert. Außenleiter können schwer in Wettbewerb treten. So kommt es, daß man in Berlin nach der letzten Berechnung des Statistischen Reichsamts nach dem Stande vom 28. Mai für 1000 Stück Mauersteine ab Werk 35,75 RM. bezahlte gegenüber von nur 17,50 RM. in der Vorkriegszeit. Die Preise sind hier gerade um 100 Prozent gestiegen! Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob die Mauersteinindustrie an einer Beengung der Bautätigkeit ein Interesse hätte und sich den volkswirtschaftlich verkehrten Satz zunutze macht: Kleine Produktion — hohe Preise. Eine ähnliche Einstellung hat auch die kartellmäßig zusammengefaßte deutsche Zementindustrie, die durch ihre Preisbindungen eine Produktionsbeschränkung und Beseitigung aller preisdrückenden Außenleiter erreicht.

Von erheblichem Einfluß auf die Bau- und Mietpreise sind die ständig steigenden Baulandpreise. Je mehr sich der Wohnungsbau ausdehnt, je länger die Terraingesellschaften das Bauland in der Hand haben, um so höher entwickeln sich die Baulandpreise. Hier kann nur ein Reichsrahmengesetz, etwa in dem Sinne des Wohnheimstättengesetzes, etwa in dem Sinne des ungelunden Zustände beseitigen.

Bei den Bemühungen der Reichsregierung, die Bautätigkeit auch durch eine Preislenkung anzukurbeln, kann sie an dem Versuche nicht vorbeigehen, preisverteuernde Submissionskartelle und Preisverabredungen der Bauunternehmungen auszuscheiden. Wenn jetzt das Kartellgericht in seiner neuen Entscheidung in einem ihm vorgelegten Einzelfalle (Arbeitgeberverband für das Zimmerergewerbe in Hannover) sagt, daß es nicht gegen die guten Sitten verstöße, wenn eine von dem Ausführenden an die übrigen Mitbewerber eines Bauauftrages zu zahlende Abgabe in der Kalkulation vereinbart wird, so läßt dieses Urteil Tür und Tor für unberechtigte Preisverteuerungen offen. Demgegenüber stellte jüngst das Reichsgericht fest, daß es zu einem gegen die guten Sitten verstoßenden Beginnen ausarte, wenn die Bewerber durch eine planmäßige Preisführung des Bestellers übermäßige Preise erzielen wollen. In vielen Fällen handelt es sich aber um eine planmäßige Preisführung der öffentlichen oder privaten Auftraggeber, eine Preisführung, die zu einer erheblichen Verteuerung, und damit zu einer Einschränkung der Aufträge führt, die sich auf dem Rücken der arbeitslosen Bauarbeiter auswirkt.

Was wir zurzeit brauchen

1. Wir brauchen eine sozial eingestellte, fest zugreifende Regierung.
2. Wir brauchen einen geordneten Reichshaushalt. Ist er augenblicklich nicht voll zu erreichen durch Sparsamkeit bei allen Ausgaben, die mit der Not der Zeit nicht vereinbar sind, dann muß von den Leistungsfähigen ein Notopfer verlangt werden.
3. Wir brauchen eine baldige wesentliche Senkung der Verwaltungsausgaben in Reich, Staat und Gemeinden, damit Mittel frei werden für produktive Zwecke.
4. Wir brauchen eine fühlbare Senkung sehr vieler Warenpreise. Die Spanne vom Erzeugerpreis zum Verkaufspreis ist zu hoch. Die Senkung der Warenpreise ist notwendig, um diese besser mit den Löhnen in Einklang zu bringen, den Reallohn also zu heben und damit den Warenabsatz zu fördern.
5. Wir brauchen billigeres Geld. Die Zwischengewinne der Geldinstitute müssen herantreten.
6. Wir brauchen eine wesentliche Senkung aller zu hohen Gewinne und Bezüge aus der Wirtschaft seitens vieler Generaldirektoren, Direktoren, Aufsichtsräte usw., Bezüge, die mit der Not des Volkes auf Kriegsfuß stehen.
7. Wir brauchen dringend eine bessere Förderung des Wohnungsbaues, wodurch hunderttausende Handwerker und Arbeiter Verdienstmöglichkeiten erhalten.
8. Wir brauchen die baldige Vergabung großzügiger Aufträge seitens der Regierung, sowie die planmäßige Verteilung solcher Aufträge mit ausreichenden Lieferfristen zur Regulierung des Arbeitsmarktes.
9. Wir brauchen für die unverheirateten in Not geratenen Arbeitslosen eine ausreichende reichsgesetzliche Unterstützung, jetzt und in Zukunft.
10. Wir brauchen überall dort, wo die achtstündige, tägliche Arbeitszeit durch die technische Entwicklung überholt ist, eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit.
11. Wir brauchen eine deutliche Bevölkerung, die beim Einkauf deutsche Waren bevorzugt.

Am 19. Juli 1930 ist der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1930 fällig.

12. Wir brauchen preiswerte deutsche Qualitätswaren auch von der Landwirtschaft, damit die Waren um so lieber vom Käufer bevorzugt werden.
13. Wir brauchen, insbesondere an der Spitze der großen Unternehmungen und der Wirtschaftsministerien, sozial eingestellte, weitblickende Männer, die fähig und gewillt sind, die Wirtschaft in der bestmöglichen Weise dem Wohle des Gesamtvolkes dienstbar zu machen.
14. Wir brauchen endlich und nicht an letzter Stelle ein besseres dauerndes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwecks gemeinsamer Förderung der Wirtschaft zum Besten der allgemeinen Wohlfahrt.

„Der Holzarbeiter“

War das der Wille des Gesetzgebers?

Ueber die unglückselige Auswirkung des § 89a des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist schon sehr viel gesprochen und geschrieben worden. Schon so viel, daß man der Ansicht sein könnte, eine der verantwortlichen Stellen habe sich längst veranlaßt gefühlt, die Auslegung dieses Paragraphen in vernünftige, soziale Bahnen zu lenken. Aber man läßt die Dinge laufen, ohne daran zu denken, welche Verwirrung die oft unverständlichen Entscheidungen der Spruchauschüsse und Spruchkammern unter der durch die rielige Not schon schwer leidenden Arbeiterschaft anrichten.

Die Spruchkammer für Arbeitslosenversicherung beim Oberversicherungsamt Karlsruhe hat in den letzten Wochen wieder einige Entscheidungen gefällt, die zeigen, wie unsozial die Auslegung von § 89a heute ist, und wie kalt einfach über diese armen Menschen zur Tagesordnung übergegangen wird. Dabei soll gegen die nach unserer Ansicht zu Unrecht erfolgte Ablehnung der Unterstützung vorerst nichts gesagt werden, sondern gegen die Begründung, mit der man glaubt, diese Dinge erledigen zu können.

In der Urteilsbegründung heißt es in zwei Fällen fast gleichlautend: „Dem Kläger kann zugemutet werden, im landwirtschaftlichen Betrieb seiner Eltern sich zu betätigen; Gelegenheit hierzu ist sicher gegeben. Es muß als genügend erachtet werden, wenn der Arbeitslose sich im Betrieb irgendwie nützlich machen kann, z. B. während des Winters in dem üblichen und möglichen Umfang mitarbeitet. Ob der Kläger für die Arbeiten in der Landwirtschaft benötigt wird und ob durch die Tätigkeit des Klägers eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft seiner Eltern erspart wird, ist rechtlich belanglos. Ebenso wenig kommt es darauf an, ob gerade im Zeitpunkt der Entlassung Beschäftigung für den Arbeitslosen vorhanden ist. Maßgebend ist lediglich, ob der landwirtschaftliche Betrieb an sich, d. h. während des ganzen Jahres hinreichend Beschäftigung bietet. Schließlich ist es auch nicht erforderlich, daß die geleistete Arbeit gerade in der Zeit des Ruhens der Arbeitnehmertätigkeit so viel abwirft, daß der Lebensunterhalt damit erworben werden kann.“

In einem der beiden Fälle wurde von dem Kläger darauf hingewiesen, daß auf dem Eigentum der Eltern des Klägers 10 000 RM. Schulden ruhen und dies bei der Beurteilung des Falles mit herangezogen werden müsse. In der Urteilsbegründung jagt die Spruchkammer in Karlsruhe hierzu folgendes: „Der Kläger macht geltend, daß 10 000 Reichsmark Schulden vorhanden sind. Dem Gesetz würde es aber nicht entsprechen, wenn alle Schulden berücksichtigt werden. Dies würde eine Prüfung der Bedürftigkeit bedeuten. Wäre eine Bedürftigkeitsprüfung vorgeschrieben, so müßten nicht nur die Schulden, sondern auch die Einnahmen, und zwar nicht nur die Einnahmen des Arbeitslosen, sondern auch die Einnahmen der Angehörigen, die mit dem Arbeitslosen im gleichen Haushalt leben, berücksichtigt werden. Eine Bedürftigkeitsprüfung in diesem Umfang hat der Gesetzgeber in § 89a nicht eingeführt.“

Niel zu diesen Urteilsbegründungen zu sagen, dürfte zwecklos sein. Sie sind so, daß sie vom sozialen Standpunkt aus überhaupt nicht scharf genug verurteilt werden können. Wir wiederholen nur, was wir bei der Besprechung einer anderen Entscheidung gesagt haben, und zwar, daß es so aussieht, als ob der § 89a dazu da wäre, strebsame Arbeiter oder Eltern von Arbeitern, die sich durch Fleiß und sparsames Leben ein kleines Eigentum erworben haben, hierfür zu bestrafen und ihnen dasselbe wieder ab-

zunehmen. Man sollte auch bedenken, daß durch diese Entscheidungen in den meisten Fällen der wertvollste Teil der Arbeiterschaft getroffen wird, und hierdurch oft Verbitterung angerichtet wird, die nicht im Interesse der Volksgesamtheit liegen kann.

Job. Bell.

Nachschrift der Redaktion. Was der Wille des Gesetzgebers ist? Man frage Wisjell! Oder den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages vom Nachsommer 1929. Nach unserer Meinung ist der § 89a ein Verlegenheitsprodukt, eine armselige Kreuzung von Recht und Fürsorge. Hart gesagt, eine Unentschlossenheit des damaligen Reichsarbeitsministers und des Reichstages, die den Auslegungsinstanzen das zugehoben haben, wofür im Grunde genommen sie da waren.

Und die Auslegungsinstanzen? Der Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt hat höchste Zeit... Die Spruchkammer in Augsburg hat richtig geurteilt (Nr. 22 der „Baugewerkschaft“). Die Spruchkammer in Karlsruhe hat sich geistig an die Behördenpraxis bei Personalbedarf angelehnt. Wenn im Etat für das fragliche Amt zehn Beamte vorgeesehen sind, dann werden auch zehn beschäftigt. Ob für zehn auch Arbeit da ist, das ist „rechtlich“ belanglos. Auch wenn nur für eine gewisse Zeit zehn Beamte ausreichend beschäftigt werden können, so sieht das die Behörde nicht im mindesten an. Ein kleines, landwirtschaftliches Anwesen hat gegenüber einer Behörde nur den einen fatalen Mangel, daß es bei Unterfinanz nicht „oben“ nachfordern kann. So stoßen sich im Raum der Tatsachen die Alltagsorgen mit theoretischen Behördenweisheiten. Für die Übereinstimmung zwischen natürlichem Rechtsempfinden des Volkes und dem Gesetz als Ganzes soll der Gesetzgeber rechtzeitig sorgen. Also Aufhebung des Bastards § 89a.

Bauarbeiterinternationale

Verbandstag des römisch-katholischen Bauarbeiterbundes der Niederlande

Die holländische christliche Gewerkschaftsbewegung ist, abweichend von den christlichen Gewerkschaften der übrigen Länder, konfessionell aufgezogen. Das erklärt sich aus der historischen Entwicklung. Während der katholische Teil in katholischen Organisationen zusammengefaßt ist, sind die evangelischen Berufsangehörigen in dem christlichen Bauarbeiterbund organisiert. Der katholische Bauarbeiterbund hielt in den Tagen vom 28. bis 29. Juli seinen 10. Verbandstag in Nijmegen ab. Der vorliegende Geschäftsbericht des Bundesvorstandes zeigt eine gute Entwicklung der Organisation; zählt der Bund doch zurzeit mehr als 25 000 Mitglieder. Das gesamte Organisationsverhältnis der Bauarbeiterschaft in Holland steht so, daß etwa 26 000 Bauarbeiter freigewerkschaftlich organisiert sind, 25 000 katholisch und 17 000 christlich; also ein für den christlichen Teil sehr befriedigendes Resultat. Die Kassenverhältnisse des Bundes weisen ebenfalls eine gute Entwicklung auf. Die erste Million Gulden des Kassenbestandes ist noch nicht überschritten, aber in aller nächster Zeit wird auch dies erreicht sein. Der Geist, welcher auf der Generalversammlung herrschte, kann kurz als ein gut gewerkschaftlicher bezeichnet werden.

Als auswärtige Gäste nahmen an der Generalversammlung teil von unserem Verbandskollegen Schmidt, Berlin, und von der belgischen Organisation zwei Kollegen. Die Begrüßung der ausländischen Delegation erfolgte durch den Vorsitzenden, Kollegen Andriessen in recht herzlicher Weise, wofür sowohl die belgischen Kollegen, als auch der Kollege Schmidt sich herzlich bedankten und ihrer Freude über die gesunde Entwicklung der holländischen Bruderorganisation Ausdruck gaben.

Am Nachmittag des 29. Juni hatte man mit dem Verbandstag ein Bauarbeiter-Jugendtreffen veranstaltet. Ungefähr 1600 Jungmänner bewegten sich im Festzug mit flatternden Fahnen zu dem größten Theaterbau in Nijmegen. Dort fand die eigentliche Feier des Jugendtreffens, bestehend in Vorträgen, musikalischen Darbietungen und sonstigen Unterhaltungen statt. Wir müssen schon sagen: Ein imposantes Bild, als die Jugend des Theaterbau vom Parterre bis zu den obersten Reihen füllte. Auch der Geist der jungen Leute war als ein besonders guter anzusprechen. Wir wünschen auch an dieser Stelle unserem holländischen Bruderverbände recht viel Glück und weitere Entwicklung in dem in den letzten Jahren zu Tage getretenen Ausmaße.

Allgemeine Rundschau

Die Nachwirkungen von Hilferdings Finanzpolitik

Bei Besprechung der Novelle zur Verringerung der Arbeitslosenversicherung am 27. Juni verwies der sozialdemokratische Abgeordnete Grafmann, 2. Vorsitzender des ADGB, auf einen Punkt, der die „Leistungen“ des ehemaligen, von den Sozialdemokraten gestellten Reichsfinanzministers Hilferding nochmals in Erinnerung brachte. „Der ungesunde Zustand im Baugewerbe liegt vor allen Dingen in den außerordentlich möglichen Finanzverhältnissen, namentlich der öffentlichen Körperschaften, so beispielsweise in der Tatsache, daß man den Landesversicherungsanstalten Zwangsanleihen auferlegt, sie gezwungen hat, im Augenblick nicht realisierbare Staatspapiere und ähnliche Schuldverschreibungen an

Stelle der ihnen sonst zustehenden flüssigen Mittel entgegennehmen.

Die von den Arbeitern aufgebrauchten Rücklagen der Landesversicherungsanstalten bildeten immer eine gleichmäßig laufende Quelle zur Finanzierung des Wohnungsbaues.

Reichsverband Deutscher Konsumvereine Genossenschaftstag in Duisburg

Der Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V., Köln, hält seinen 21. ordentlichen Genossenschaftstag in der Zeit vom 26. bis 28. Juli d. J. in Duisburg (Tonhalle) ab.

Gleichzeitig hält die Gcpag eine Tagung ab, auf der Herr Prof. Dr. Bedemann (Bonn), Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, in einem Vortrag „Landwirtschaft und Verbraucher“ die direkten Beziehungen zwischen Erzeuger und Verbraucher untersucht wird.

Der Evangelische Kirchentag zur Arbeitslosigkeit

Der Deutsche Evangelische Kirchentag als parlamentarische Gesamtvertretung aller deutschen evangelischen Landeskirchen hat im letzten Jahrzehnt mehrfach große Kundgebungen erlassen, von denen die soziale Botschaft (Bethel 1924) noch in besonders guter Erinnerung ist.

Mit ernster Sorge sieht der Deutsche Evangelische Kirchentag die wachsenden wirtschaftlichen Nöte des deutschen Volkes, insbesondere die Massenarbeitslosigkeit. Da diese wirtschaftlichen Nöte große seelische Not und sittliche Gefahren für unser Volksleben mit sich bringen, sieht sich der Kirchentag verpflichtet, mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern zu verlangen, daß zur Behebung dieser Not das Äußerste getan wird.

Unseren Gemeinden und ihren Gliedern wird am Herz gelegt, aller lieblosen und unberechtigten Kritik an den Opfern der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, denen es nicht an Willen zur Arbeit mangelt, sondern an der Arbeitsmöglichkeit und Arbeitsgelegenheit.

Der Kirchentag legt allen Gliedern der evangelischen Kirche mit ernstem Nachdruck die sittliche Verpflichtung nahe, die notwendigen Opfer zu bringen, um die darbenenden Volksgenossen durch diese Notzeit hindurchzubringen.

Aus dem Verbandsleben

Udenberg. Am 19. Juni hielt unsere Ortsgruppe bei Herrn J. Griebbauer eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab. Vorstand Zickelberger erläuterte kurz die im Bezirk getroffene Umorganisation und wünschte unserem Bezirksleiter, Kollegen Schilling, an seinem neuen Wirkungsort viel Glück.

Udenberg. (Jubiläum) Nachdem bereits im vergangenen Jahre die eigentliche Gründungsfeier der Organisation im Verwaltungsbereich in feierlicher Weise begangen wurde, konnten in diesem Jahre wieder fünf weitere Jubilare auf eine 25-jährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Dieserhalb fanden sich daher am Sonntag, dem 22. Juni, ein Anzahl Mitglieder und deren Angehörigen im Gesellenhaus zu Gladbeck zu einer schlichten Feier zusammen. Der Leiter der Veranstaltung, Kollege Einig, begrüßte die Erschienenen, besonders die Jubilare und deren Familienangehörige recht herzlich.

Namens der Jubilare dankte der Verwaltungsstellenvorstand, Kollege Hoge, dem Bezirksleiter und dem Verwaltungsbereichsvorstand sowie der Zentrale für die erwiesene Ehrung. Bezirksleiter Engeln überbrachte den Jubilaren die Glückwünsche des neuen Bezirkskartells Gladbeck-Bottrop.

Wuppertal (Barmen-Elberfeld). Eine am Samstag, dem 28. Juni, stattgefundene außerordentliche Versammlung unseres Verbandes befaßte sich mit den Fragen der schlechten Wirtschaftslage im Baugewerbe, den geplanten Wanderungen in der Arbeitslosenversicherung und dem steuerlichen Notopfer.

Die Versammlung ist der Auffassung, daß schnellstens Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, damit die sich von Tag zu Tag mehrende Verbitterung unter der Arbeitslosenbevölkerung nicht zum Verhängnis für Staat und Wirtschaft wird. Insbesondere ist das Baugewerbe als Schlüsselgewerbe, welches jetzt in der eigentlichen Hochkonjunkturzeit noch über 50 Prozent Arbeitslose im Rheinland zu verzeichnen hat, in Gang zu bringen.

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inferenten der „Baugewerkschaft“

Bauarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Lederstaschen 13.- Rm., aus II-Drahtleder 9.- Rm. u. 650 Rm. Maurersocken 1,20 Rm. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17.- Rm., II 13.- Rm., III 11.- Rm. Maurerblusen 5.- Rm. Schnellputzhaken per Stück 25 Pf. vers. b. Bestellung von 25 Rm. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2. Mechanische Spezialfabrik für Bauarbeiter-Kleidung. Geogr. 1894.

Gnornz billig! Betttücher

kräftiges, ungetrocknetes Gewebe, sehr haltbar, gekämmt, 2,20 lang, 1,40 breit, jedes Etüch für RM. 11,90 franko. Unabwischbar. Viele Ausstattungen u. Verzierungsmöglichkeiten a. Sonderpreisen. Bedarfsverzeichnis Paul Jacobus & Co. in Schlesien 34.

Technikum Steenberg (Rechtl.)

Wepa Fabrik f. Arbeitsanzüge sämtlicher Berufe. Spez. Blau-Maschinenbau- sowie Maurer- u. Manchester-Anzüge. Wilhelm Paß, Berlin N 31, Brunnenstraße 73. Maurerhosen Zweidraht M. 6.- u. 8,50 Dreidrahtleder M. 13.- Viel freiw. Anerkennt. Muster grat. u. franko. Herbert Fritsche Niederoderwitz i. S.

Kartelle und Markenartikellkonventionen einzuwirken, eine Ermäßigung der bisher gebundenen Preise herbeizuführen. Von der Bank- und Finanzwelt wird die Bereitstellung von langfristigen Baugeldern zu mäßigem Zinsfuß erwartet.

Im übrigen erklärt sich die Versammlung zu registrierter Mitarbeit am Ausbau der Organisation bereit, um durch Selbsthilfebestrebungen zur Krisenüberwindung und zur Gesundung des Wirtschaftslebens mit beizutragen.

Sterbetafel. In den Folgen einer Magenoperation verschied unser Kollege Josef Herold aus Grefthall im Alter von 29 1/2 Jahren. Verwaltungsstelle Würzburg. Am 5. Juli starb unser Kollege, der Maurer Johann Herrmann im Alter von 54 Jahren an Herzmuskelentzündung. Verwaltungsstelle Andernach. Am 8. Juli starb unser Kollege, der Maurer Heinrich Umschlag aus Langel b. Köln. Ortsgruppe Langel b. Köln. Ehre ihrem Andenken!

Die Meisterschule für Hoch-, Tief- und Straßenbau in Detmold bezieht mit dem Beginn des nächsten Wintersemesters ein für ihre Zwecke besonders hergerichtete Gebäude am Schulerplatz, Ecke Palaststr. Aus dem neuwilligen Programm ist ersichtlich, daß der Lehrplan neben den Hauptkursen, in denen Baugewerbetreibende in einem Semester zum Schachmeister und Poller und in zwei Semestern zum Maurer-, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer vorgebildet werden, noch eine Erweiterung dadurch erfahren hat, daß vom nächsten Winter ab zweimonatige Spezialkurse für Vermessen und Nivelieren, sowie theoretische Meisterkurse für alle Handwerks- u. Gewerbegebiete abgehalten werden.

Teakholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

Table with columns for size (100, 90, 80, 75, 70, 60, 50 cm) and price (3,40, 3,20, 3,-, 2,90, 2,80, 2,60, 2,40 RM). Includes 'Extra-Qualität' prices (4,50, 4,25, 4,-, 3,85, 3,75, 3,50, 3,25 RM).

Sämtliche Werkzeuge, Bekleidung, das Beste auf dem Markt lt. Katalog sofort lieferbar. Verf. geg. Nachn. Von 10 RM. an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.

Wettermeier & Co., Bielefeld, Stegellstraße. Spezialfabrik für Berufskleidung. Große Lager in Ia Kellen, echte Teakholzwaagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben, deshalb fordern Sie vor Auftragserteilung bitte umsonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld. Louis Rosberg, Bielefeld 5, 44 Breite Str. 44.

Meisterschule für Hoch-, Tief- u. Straßenbau. Ausbildung in einem Halbjahr zum Poller oder Schachtmeister, in 2 Halbjahren zum Maurer-, Zimmer-, Straßenmeister und Bauführer. Detmold, Wittestr. 4 d. Lehrplan frei.

Hamburger Teakholz-Wasserwaagen aus altem Schiffbaumholz

Table with columns for size (30, 40, 50, 60, 70, 75, 80, 90, 100 cm) and price (RM. 2,40, 2,70, 3,-, 3,30, 3,60, 3,80, 4,-, 4,25, 4,50). Includes text: 'Kaufen Sie in Wasserwagen nur erstklassige Ausführung. Sehen Sie auf Qualität und nicht auf billige Preisangebote und Geschenke. Preisliste über Berufskleidung und Werkzeuge gratis. Direkt ab Fabrik an den Verbraucher nur durch Fritz Ulrich, Altona/Elbe 10, Gustavstr. 58/60'.

Kollegen, lest den „Deutschen!“

Direkt von der Fabrik an den Verbraucher! werden, solange die Vorräte reichen. Anzug- und Mantel-Stoffe zu Einheitspreisen. Größe V gar. rein. einfarb. Sammetgrün 145/146 cm br. RM. 8,95. VI - - - - - 145/146 - - - - - 9,50. VII - - - - - 145/146 - - - - - 10,50. VIII - - - - - 145/146 - - - - - 11,50. durch den Erwerbender der in Liquidation befindlichen Firma Tuchfabrik Meide & Herfs, M.-Gleibach abgegeben. - Versand per Nachnahme. - Bestellen Sie früher und Angabe der in der letzten Nummer des Deutschen Gewerkschaftsboten, welche wir gerne auch Besondere Preise werden auf Wunsch einzeln Ihnen zuhändigen.